



Presseschau vom 06.04.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

De.sputniknews.com: Trumps und Merkels neue Absprachen zu Ukraine und Afghanistan
Der US-Präsident Donald Trump und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel haben am Mittwoch per Telefon den Konflikt in der Ukraine, die Lage in Afghanistan und andere Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert, wie aus dem Pressedienst des Weißen Hauses verlautete.

„Die Spitzenpolitiker haben vereinbart, eng zusammenzuarbeiten und (ihre Aktivitäten – Anm. d. Red.) zu diesen und anderen Fragen zu koordinieren“, heißt es in der Mitteilung.

Amerikanische und deutsche Militärs befinden sich in Afghanistan, um die dortigen Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit zu unterstützen.

Deutschland ist neben Frankreich, Russland und der Ukraine im so genannten „Normandie-Format“ zur Regelung des Konflikts in der Ukraine präsent. Die USA sind in dieser Gruppe nicht vertreten.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zweimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Staniza Luganskaja wurde die **Lugansker Siedlung Krasnyj Jar** mit

Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.
Das Gebiet von **Perwomajsk** wurde aus Richtung Nowoalexandrowka mit Granatwerfern beschossen.

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **47 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Es wurden die Gebiete von **19 Ortschaften der DVR** beschossen. Der Gegner verwendete Mörser, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen.

De.sputniknews.com: Ukraine: Nationalbank-Chefin tritt zurück – aber „schämt sich keine Minute“

Die Chefin der Nationalbank der Ukraine, Waleria Gontarewa, will laut eigenen Aussagen von ihrem Amt zurücktreten, wie der TV-Sender „112 Ukraine“ berichtet.

„Ich schreibe ein Rücktrittsgesuch“, wird Gontarewa von dem TV-Sender zitiert.

Sie betonte dabei, dass sie nicht wisse, wer das Amt übernehmen werde. Sie fügte aber auch hinzu, dass sie „für alle Reformen, die in der Ukraine durchgesetzt wurden“ verantwortlich sei.

„Ich schäme mich keine Minute“, gab sie an.

Zuvor hatte die Vizechefin der Fraktion „Block Petro Poroschenko“ und Ehefrau des ukrainischen Generalstaatsanwalts, Irina Luzenko, erklärt, dass Gontarewa bereits ihr Rücktrittsgesuch geschrieben habe.

Am frühen Donnerstag waren zahlreiche Aktivisten zum Zuhause Gontarewas gekommen, um sich an einer Protestaktion gegen die Chefin der ukrainischen Nationalbank zu beteiligen. Medienberichten zufolge versuchten sie ihr Auto zu blockieren und malten einen Zaun neben ihrem Haus an. Die Aktionsteilnehmer forderten demnach ihren Rücktritt.

Das ukrainische Parlament hatte im Juni 2014 die damals 49-jährige Waleria Gontarewa als Chefin der ukrainischen Zentralbank bestätigt.

Lug-info.com: Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Einnahme des Gebäudes des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Lugansk

Sehr geehrte Landsleute!

Der 6. April 2014 wird für immer ein Gedenkdatum für jeden Einwohner der LVR sein. Heute begehen wir den dritten Jahrestag dieses schicksalhaften Ereignisses, als das Gebäude der Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine von nicht gleichgültigen und, was nicht weniger wichtig ist, unbewaffneten Luganskern unter Kontrolle genommen wurde.

Zuvor hatten sich im Verlauf von zwei Monaten Menschen, die aus allen Ecken des Lugansker Lands kamen, auf dem Platz am ehemaligen Sicherheitsdienst der Ukraine versammelt und friedliche Kundgebungen durchgeführt, während in anderen Städten der Ukraine aggressive Erstürmungen und Besetzungen von Verwaltungsgebäuden stattfanden. Auf den Kundgebungen baten wir, die Gesetzlosigkeit zu beenden, kämpften wir für die Möglichkeit, unsere verfassungsmäßigen Rechte zu nutzen, und schließlich einfach darum, gehört zu werden! Aber die Kiewer Regierung antwortete uns nur mit Drohungen und Beleidigungen.

Und dann tat das Volk des Lugansker Lands seinen ersten entschiedenen Schritt, der den Verlauf der Geschichte veränderte. Dies war unserer erster Sieg, der Punkt, wo keine Umkehr mehr möglich war, und gleichzeitig der Startpunkt für die Geschichte unseres Staates!

Nach drei Jahren können wir kühn bestätigen, dass die damals getroffene Entscheidung

richtig war. Wir konnten die Republik aufbauen, wir entwickeln uns und bewegen uns voran, heute sind wir ein starkes, geschlossenes und unbesiegbares Volk!
Der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR, Wladimir Degtjarenko

De.sputniknews.com: USA kürzt Ukraine-Hilfe – „aus innenpolitischen Gründen“?
Das US-Hilfsprogramm für die Ukraine soll in diesem Jahr gekürzt werden. Dies erklärte am Mittwoch die stellvertretende Beraterin des US-Außenministers für Europäische und Eurasische Angelegenheiten, Bridget Brink, bei einer Konferenz im Atlantic Council.
„Das Budget unseres Präsidenten wird kleiner sein als die vorherigen“, betonte Brink.
„Natürlich wird der Kongress das letzte Wort haben, aber ich gehe davon aus, dass wir ein generell geringeres Budget haben werden.“ Die ausländischen US-Hilfsprogramme seien ein Teil des Haushalts, der einer sehr ernsthaften Kürzung unterzogen werden solle.
Brink betonte weiter: „Das Wichtigste ist, und das will ich an dieser Stelle unterstreichen (...), dass die Ukraine ihre Bemühungen bei der Korruptionsbekämpfung beschleunigen muss.“
Dazu gehöre auch die Einrichtung eines unabhängigen Antikorruptions-Gerichts.
Die Vertreterin des Außenministeriums erinnerte auch daran, dass es eben das Problem der Korruption gewesen sei, das zu Protesten auf dem Maidan-Platz geführt hätte.
Vor Brinks Auftritt hatte auch der ehemalige US-Botschafter in der Ukraine, John Herbst, betont, eine Kürzung der US-Hilfe für die Ukraine sei aus seiner Sicht durchaus möglich. Ein solcher Schritt wäre laut Herbst nicht mit dem Land selbst verbunden, sondern mit den „Angelegenheiten des innenpolitischen Lebens“ der USA. Brink stimmte in ihrer Rede der Position des ehemaligen Botschafters zu.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Wer hat Giftgas in Syrien eingesetzt? Zehn Fakten zum Vorfall und den Hintergründen

Ein mutmaßlicher Chemiewaffeneinsatz in Syrien am 4. April im syrischen Khan Sheikhoun in der Nähe von Idlib, wird Damaskus in die Schuhe geschoben. Die syrische Führung widerspricht, ebenso wie Moskau. Für den Westen ist die Schuldfrage dagegen bereits erklärt. USA und EU fordern erneut, dass Präsident Baschar al-Assad abtreten soll.

Wir sprachen dazu mit der Journalistin Karin Leukefeld, die sich derzeit in Syrien aufhält. Sie machte Sputnik auf folgende Fakten aufmerksam.

Fakt 1: Khan Sheikhoun liegt an der Autobahn M5, die Aleppo mit Hama, Homs und Damaskus verbindet. Der Ort liegt 50 Kilometer südlich von Idlib und etwa gleich weit entfernt von Hama.

Fakt 2: Der Ort und die Region wird von einem Bündnis um die Nusra Front alias Fatah al-Sham kontrolliert. Die Gruppe ist von der Uno als Terrororganisation eingestuft. Dieses Bündnis lieferte sich zuletzt im Februar 2017 Kämpfe mit einem anderen islamistischen Bündnis um Ahrar al-Sham, das ebenfalls Gegenden in der Provinz Idlib kontrolliert. Die bewaffneten Gruppen in Idlib werden aus der Türkei versorgt und von der Türkei, den Golfstaaten, von Frankreich, Großbritannien und Deutschland sowie den USA unterstützt. Einige der Kampfgruppen haben am 30. Dezember 2016 einen Waffenstillstand unterzeichnet, der von der Türkei, Russland und Iran ausgehandelt worden ist.

Fakt 3: Aktuell gibt es heftige Kämpfe zwischen den islamistischen Kampfgruppen und der syrischen Armee und deren Verbündeten nördlich von Hama.

Fakt 4: Die Information über den „Giftgasangriff der syrischen Luftwaffe“ kam von dem bewaffneten Oppositionsbündnis und mit diesem verbündeten Einrichtungen wie der Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London und der „Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“ (Etilaf) in Istanbul. Sie beschuldigten Moskau und Damaskus. Entsprechendes Bild- und Filmmaterial wurde unmittelbar weltweit verbreitet. Darin sind auch die „Weißhelme“ zu sehen, eine vom Westen gegründete und unterstützte Zivilschutzorganisation, die in den Gebieten der bewaffneten islamistischen Gruppen agiert.

Fakt 5: Die „Weißhelme“ werden deutlich kritisiert. Die Vereinigung Schwedische Ärzte für Menschenrechte (SWEDHR) machte im März dieses Jahres darauf aufmerksam, dass die mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnete Gruppe, eher eine Hilfstruppe für die islamistischen Assad-Gegner und ihre westlichen Unterstützer ist als eine unabhängige Organisation, die Kriegsoptionen hilft. So würden oft Pseudo-Rettungsmaßnahmen gefilmt, die aus medizinischer Sicht eher als tödlich statt als lebensrettend einzuschätzen seien. Die vermeintlich lebensrettenden Verfahren in einem Video der Gruppe seien zum Beispiel nicht korrekt und eher lebensbedrohlich, zum Teil gestellt, einschließlich simulierter Notfälle.

Fakt 6: Zeitgleich mit dem Geschehen in Khan Sheikhoun begann in Brüssel eine EU-Konferenz über die Zukunft Syriens. Sie gilt als „Geber-Konferenz“, bei der entschieden werden soll, wer wie viel Geld an wen gibt. Die syrische Regierung wird dabei sicherlich nicht berücksichtigt werden, vermutet Karin Leukefeld. Das Geld werde eher an die Gebiete unter Kontrolle der bewaffneten Assad-Gegner gehen, auf die die EU und die mitorganisierenden Staaten Einfluss nehmen wollen. Das gleiche gilt für die Unterstützung der angrenzenden Länder, die Flüchtlinge aufgenommen haben.

Fakt 7: Die EU-Beauftragte Federica Mogherini machte die syrische Regierung für den „Giftgasangriff auf Khan Sheikhoun“ verantwortlich. Frankreich, Großbritannien und die USA forderten eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Fakt 8: Die russische Armee hat erklärt, keine Luftangriffe in dem Gebiet geflogen zu haben. Möglich sei, dass in dem Waffenlager, das die syrische Luftwaffe angegriffen habe, Giftgas oder Bestandteile zur Produktion gelagert gewesen seien und durch den Beschuss freigesetzt wurden.

Fakt 9: Seit Anfang 2013 ist bekannt, dass bewaffnete islamistische Kampfgruppen über Giftgas verfügen und es einsetzen. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat Informationen zu Folge gar eine eigene Forschungsabteilung zur Entwicklung chemischer und biologischer Waffen.

Fakt 10: Das syrische Außenministerium und die Armeeführung haben das „Verbrechen an der Bevölkerung“ in Khan Sheikhoun verurteilt und die bewaffneten Anti-Assad-Gruppen verantwortlich gemacht. Syrien habe 2013 die Giftgaskonvention unterzeichnet. Alle Giftgasbestände seien von der UNO abtransportiert und vernichtet worden. 2015 wurde Syrien von der entsprechenden Organisation (OPCW) bescheinigt, dass alle Bestände entsorgt wurden. Syrien habe „nie Chemiewaffen gegen die Bevölkerung eingesetzt und wird es nie tun“, hieß es in beiden Erklärungen.

Stand: 5.4.2017

Lug-info.com: Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja – ein weiterer Versuch (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

11:59: Die Vertreter der Volksmiliz, die im Gebiet von Staniza Luganskaja eingetroffen sind, haben eine weiße Signalarakete gezündet und so ihre Bereitschaft, mit der Trennung von Kräften und Mitteln in diesem Abschnitt zu beginnen, deutlich gemacht.

12:25: „Heute waren die Einheiten der Volksmiliz der LVR bereit zur Trennung von Kräften und Mitteln, aber durch die Schuld der ukrainischen Seite hat die Trennung ein weiteres Mal nicht stattgefunden“, teilte der Leiter der Koordination der Volksmiliz der LVR Michail Filiponenko mit.

14:15: Ukrainische Massenmedien haben mit Bezug auf den Stab der sogenannten „ATO“ erklärt, dass der weitere Versuch einer Trennung von Kräften und Mittel angeblich wegen

„Beschüssen“ von Seiten der Volksmiliz der LVR am 2. April gescheitert ist.

„Dieser „Beschuss“, den die ukrainische Seite vorbringt, taucht aus irgendeinem Grund nicht bei der OSZE-Mission auf, das ist einfach eine Fälschung von Fakten“, erklärte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Maroschko.

„Weder das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination, das hier arbeitet, noch die OSZE-Mission, die auf beiden Seiten arbeitet, bestätigen diesen Beschuss“, fügte Marotschko hinzu.

„Die ukrainische Seite bestätigt ein weiteres Mal, dass sie verlogene Medien haben, dass sie alle Vorwände nutzen, um die Kräfte und Mittel nicht abzuziehen“, erklärte Marotschko.

De.sputniknews.com: **Berichte über Giftgas-Attake gab's lange vor Idlib-Anschlag** – Syriens Außenminister

Die ersten Meldungen über die Chemieattake in der Provinz Idlib sind schon mehrere Stunden vor dem ersten Schlag durch die syrische Luftwaffe auf das Munitionslager der Terrorgruppierung Dschebhat al-Nusra eingegangen, sagte syrische Außenminister Walid al-Muallim.

„Die erste Meldung über den Vorfall in Khan Sheikhoun ging um 6 Uhr morgens ein, während die syrischen Luftstreitkräfte ihren ersten Schlag auf das Munitionslager von Dschebhat al-Nusra erst um 11.30 Uhr versetzte“, sagte Muallim bei der Pressekonferenz in Damaskus.

Wie der Minister vorher sagte, seien mehrere arabische und westliche Länder für die Aggression gegen Syrien und die Giftgas-Vorwürfe gegen Damaskus verantwortlich. Das sei womöglich Teil einer umfassenden antirussischen Kampagne.

Am Dienstag hatte die Nationale Koalition für syrische Oppositions- und Revolutionskräfte 80 Tote und 200 Verletzte bei einer Giftgas-Attake in der syrischen Stadt Chan Scheichun in der nordwestlichen Provinz Idlib gemeldet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht.

Das Kommando der syrischen Armee hatte diese Vorwürfe entschieden zurückgewiesen und Terroristen und deren Beschützer dafür verantwortlich gemacht

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **47 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt:

- in Richtung Gorlowka – 4 Mal,
- in Richtung Donezk – 32 Mal,
- in Richtung Mariupol – 11 Mal.

Der Gegner hat die Republik mit von den Minsker Vereinbarungen verbotener schwerer Artillerie des Kalibers 122mm, Panzern und Mörsern beschossen.

Von uns wurde eine Konzentration von Artillerie des Gegners an der Kontaktlinie festgestellt: im Gebiet von Nowognatowka (7 km von der Kontaktlinie) ist eine Batterie 122mm-Artilleriegeschütze „Gwodika“ eingetroffen, im Gebiet von Nowoluganskoje und Bogdanowka (3 bzw. 4 km von der Kontaktlinie) haben zwei Züge 120mm-Mörser die Positionen der ukrainischen Streitkräfte verstärkt.

In der Folge von wachsender Unzufriedenheit in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte und von Misstrauen gegen die bedingt kontrollierten Einheiten der Nationalisten vergrößert Kiew die Zahl der ausländischen Instrukteure an der Kontaktlinie.

In der letzten Zeit wurde die **Ankunft von Söldnergruppen** mit 30 bis 40 Mann jeweils unter anderem in Marjinka, Bogdanowka und Beresowoje bemerkt. Ziel der Söldner ist die Durchführung von **Provokationen** in Bezug auf die Streitkräfte der DVR und die aktive Heranziehung der ukrainischen Streitkräfte in eine neue Runde von Kämpfen.

Der **Besuch von NATO-Generälen in der ATO-Zone** am 4. April demonstriert anschaulich die Wichtigkeit der Fortsetzung des Konflikts mit militärischen Mitteln für die Länder des

Westens, weil für sie der **Donbass ein Übungsplatz** geworden ist, auf dem es möglich ist, nicht nur **neue Arten von Waffen** auszuprobieren, sondern auch ein **Training des Personals** in einer Kampfsituation unter Anwendung von psychotropen Präparaten durchzuführen.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Streitkräfte der DVR der Durchführung von **Mobilisierungsübungen von Reservisten der Republik** auf dem Übungsplatz im Gebiet von Schachtjorsk gewidmet. Die **Gesamtzahl** der Reservisten betrug **mehr als 27.000**. Eine grundlegende Aufgabe der Übungen ist die Ausarbeitung **der Geschlossenheit der Aktivitäten der mobilisierten Reserven** der Republik im Fall einer Verschärfung der Lage in der DVR.

De.sputniknews.com: Syriens Außenminister: IS und al-Nusra bringen Kampfstoffe in Wohngebieten unter

Nach dem mutmaßlichen Giftgasangriff in der Provinz Idlib wirft der syrische Außenminister Walid al-Muallem den Terrormilizen Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) und al-Nusra-Front vor, weitere chemische Waffen über die Türkei zu beziehen und in von ihnen kontrollierten syrischen Wohngebieten unterzubringen.

„Die al-Nusra und der IS lagern chemische Substanzen in Städten und Ortschaften“, sagte al-Muallem am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Damaskus. „Die syrische Regierung hat die Uno über die chemischen Substanzen informiert, die vom türkischen Territorium aus für die Terroristen in Ost-Aleppo geliefert wurden.“...

Laut Außenminister al-Muallem waren die ersten Meldungen über die Chemieattacke schon mehrere Stunden vor dem ersten Angriff der syrischen Luftwaffe auf das Munitionslager der Terrorgruppierung al-Nusra-Front in der Redion eingegangen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden 20 Granaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte erleiden weiterhin nicht kampfbedingte Verluste in der „ATO“-Zone.

So starb am 4. April in der Folge unvorsichtigen Umgangs mit der Waffe ein Soldat aus der 54. Brigade, ein weiterer wurde verletzt.

Außerdem geriet ein Fahrzeug vom Typ SIL-131, das zu einem Zug der 1. Haubitzenartillerieabteilung der 44. Artilleriebrigade gehört, im Gebiet von Troizkoje auf eigene Minenfelder. In der Folge einer Detonation wurde der Fahrer des Fahrzeugs, der Soldat Boris Nikolajewitsch Nagatschewskij, geb. 1966, verletzt. Das Fahrzeug kann nicht repariert werden.

De.sputniknews.com: St.-Petersburg-Anschlag: Ukrainische Telefon-Chaoten stören Sicherheitskräfte

Nach dem Anschlag in der Petersburger U-Bahn am Montag werden russische Sicherheitsbehörden täglich fehlalarmiert: Anonyme Anrufer melden immer wieder versteckte Sprengsätze. Die meisten Anrufe kommen dabei aus der Ukraine, wie die russische Zeitung „Kommersant“ berichtet.

Ungewöhnlich sind solche Anrufe demnach jedoch nicht: Die russischen Behörden bekommen Dutzende davon nach jedem Anschlag, wie das Blatt schreibt. Dabei ist dieses Vorgehen laut der Zeitung als „wissentlich falsche Androhung eines Terroranschlags“

strafbar.

Normalerweise können die Täter schnell gefasst und zur Rechenschaft gezogen werden. Dann gibt es für die kriminellen Anrufer entweder Freiheitsstrafen oder zwangsweise psychiatrische Behandlungen.

Nun kommen die Anrufe aber immer öfter aus der Ukraine. Auf deren Bürger haben russische Fahnder keinen Zugriff, wie die Zeitung schreibt. „Wir können die Anrufe zurückverfolgen, stellen Nummern und Namen der Verantwortlichen fest. Doch wir können sie nicht an ihren Taten hindern, weil ukrainische Behörden sich inzwischen einfach weigern, auf Ersuchen aus Russland überhaupt zu reagieren“, so ein Sprecher der russischen Polizei laut dem Blatt.

Am vergangenen Montag explodierte in der Petersburger U-Bahn ein Sprengsatz. 14 Menschen starben, 49 weitere wurden verletzt. Ein weiterer Anschlag in der Metro konnte rechtzeitig vereitelt werden. Gegen den Hauptverdächtigen Akbarschon Dschalilow, gebürtigen Kirgisen mit russischem Pass, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Lug-info.com: Aktivisten gesellschaftlicher Bewegungen haben in Lugansk eine Gedenktafel für das erste Oberhaupt der LVR Walerij Bolotow eingeweiht, der im Januar 2017 starb. Dies berichtet ein Korrespondent von LIZ vom Ort des Geschehens.

Die Gedenktafel wurde an der Wand des Mehrparteienwohnhauses in der Oboronnaja-Straße 20A angebracht, wo Bolotow lebte.

Die Veranstaltung, auf der sich Freunde und Kampfgefährten des ersten Oberhauptes der LVR versammelten, war dem dritten Jahrestag der Besetzung des Gebäude der Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Lugansk durch Teilnehmer einer Kundgebung zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte am 6. April 2014 gewidmet.

Die Gedenktafel wurde aus Mitteln von Freunden, Verwandten und Kampfgefährten des ersten Oberhauptes der Republik gestiftet.

„Dies ist ein Mensch, der uns Hoffnung eingeflößt hat. Als wir sahen, dass er die Maske (Sturmhaube – Anm. d. Übers.) abnahm, hat das Volk des Lugansker Lands, das durch Festnahmen und Drohungen von Seiten der Kiewer Junta terrorisiert wurde, begonnen an sich selbst zu glauben“, sagte der erste Sekretär des Zentralkomitees der gesellschaftlichen Organisation „Union der Kommunisten des Lugansker Gebiets“ Igor Gumenjuk.

„Damals haben wir verstanden, dass wir eine einzige Faust sind und sind auf die Straßen gegangen und dann wurde nicht wir verschreckt, sondern die, die auf unser Land kommen wollten“, unterstrich der gesellschaftliche Aktivist.

„Er ist ein einfacher Mann aus unserer Stadt, der nicht nur in die Geschichte von Lugansk einging, sondern sein Name ist mit goldenen Buchstaben in die Geschichte des großen Russland geschrieben“, fügte er hinzu.

„Ich habe nie gedacht, dass es möglich ist, das Gebäude des Sicherheitsdienstes einzunehmen, aber die Lugansker konnte das tun. Ab diesem Augenblick sind alle Proteste in die Bildung eines neuen Staats hinübergewachsen und Walerij fürchtete sich nicht, die ganze Bewegung zu leiten“, sagte einer der Führer des „Antimaidan“ in Lugansk Alexandr Charitonow.

„Er wird immer in unserem Gedächtnis als Volksheld, der einen großen Beitrag zur Entstehung der LVR geleistet hat, bleiben“, fügte er hinzu.

„Als unser Lugansker Land sich erhoben hat und „Nein“ zu eurer Politik sagte – wir sind hier das Volk, damals stand an der Spitze all dieser Leute der Bürger Nr. 1 unserer Republik Walerij Bolotow“, sagte der Teilnehmer des Sturm des Gebäudes des Sicherheitsdienstes der Ukraine Jurij Chochlow.

„Heute ist die Erinnerung an diesen großen Menschen lebendig und die Gedenktafel ist dafür eine Bestätigung“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: EU-Parlament genehmigt Visafreiheit für Ukrainer

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag die Befreiung ukrainischer Staatsbürgerschaft von der Visumpflicht für kurzzeitige Aufenthalte im Schengen-Raum gebilligt. Dies teilte das Presseamt des EU-Organs mit.

Die neuen Rechtsvorschriften wurden demnach mit 521 Stimmen bei 75 Gegenstimmen und 36 Enthaltungen angenommen. Nun müssen sie noch formell vom Ministerrat verabschiedet werden. Laut der Pressestelle des EU-Parlaments treten die neuen Regelungen voraussichtlich im Juni in Kraft – 20 Tage nachdem sie im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurden.

„Die Ukraine hat alle Kriterien erfüllt, deshalb sollte die Visumpflicht aufgehoben werden“, so die Berichterstatterin Mariya Gabriel. „Die Visafreiheit für ukrainische Staatsbürger zeigt, dass die Ukraine ein wichtiger Partner für die EU in der Östlichen Partnerschaft ist.“

Auf Facebook kommentierte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den Beschluss mit einem simplen „Ja“.

Unter dem neuen Gesetz können Ukrainer für bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen visumsfrei in den Schengen-Raum einreisen. „Die Befreiung gilt für alle EU-Länder außer Irland und dem Vereinigten Königreich, sowie für Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz“, heißt es in der Pressemitteilung des EU-Parlaments.

Dnr-online.ru/dan-news.info: **Übungen von Reservisten in der DVR** (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In der DVR begannen heute die größten Mobilisierungsübungen für Reservisten in der Geschichte der DVR auf dem Übungsplatz im Bezirk Schachtjorsk. An den Übungen nahmen etwa 30.000 Menschen aus allen Städten teil. Darunter sind **Vertreter von Ministerien und Behörden, Mitarbeiter von Unternehmen, Studenten**. Auch Frauen nahmen an den Übungen teil, vor allem **Mitarbeiterinnen medizinischer Einrichtungen**. Gerade sie sollen im Fall einer Eskalation des Konflikts das Personal der Militärkrankenhäuser verstärken. Der Oberste Kommandeur der Armee der DVR, das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko sprach vor den Reservisten.

„Schon im dritten Jahr ist Krieg in unserem Land. Im dritten Jahr versucht der Feind, unsere Kinder zu töten, unsere Eltern, unsere Häuser zu zerstören. Jeden Tag sagt die ukrainische Junta, dass sie den Donbass vernichten wird. Täglich berichten die ukrainischen Massenmedien, wie „die ruhmreiche ukrainische Armee“ uns alle töten soll. Und heute haben wir ihnen allen gezeigt, dass im Donbass nicht nur unsere Armee kämpft, sondern auch unser ganzes Volk.

Ich bin stolz, dass ich im Donbass geboren bin. Ich bin stolz, dass ich bei Euch bin und stolz auf Euch. Ich bin überzeugt, dass wir alle gemeinsam siegen werden. Der Sieg wird unser sein! Der Feind wird zerschlagen werden!“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Vor Beginn wurden die Reservisten in Kompanien und Bataillone eingeteilt. Diese wurden von aktiven Offizieren der Streitkräfte geleitet. Das **Alter der Teilnehmer liegt zwischen 18 und 55 Jahren**, aber nach Angaben der Organisatoren gab es **auch Menschen mit höherem Alter**.

Der stellvertretende Kommandeur einer Armeeeinheit, der russische Schriftsteller Sachar Prilepin, sagte gegenüber Journalisten: „Dies ist eine Demonstration der Möglichkeiten, Kräfte, Mut, Arbeitsqualitäten, über die der Donbass verfügt.“

„Aus Gorlowka sind heute fast 3000 Menschen gekommen. Und das sind nicht alle, die wollten“, sagte der Leiter der Gesundheitsabteilungen der Stadt Denis Taranow. „Wir sind gekommen, um der Ukraine zu zeigen, dass wir bereit sind, unser Land, unsere Mütter und Kinder zu verteidigen. Wir sind bereit, die von ihnen vergossenen Tränen zu rächen“.

Der Verteidigungsminister der DVR Wladimir Kononow gab die Anweisung, **den Reservisten mit militärischer Erfahrung eine Waffe**, Kalaschnikow-Maschinengewehre, für den Fall eines militärischen Alarms zur verantwortlichen Aufbewahrung **auszugeben**.

Derartige Veranstaltungen werden in der Republik auch in Zukunft stattfinden.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/04/DSC_0026-1024x683.jpg

De.sputniknews.com: Ukraine verspricht IWF Änderung der Politik gegenüber russischen Banken

Die ukrainische Regierung hat dem Internationalen Währungsfond (IWF) versprochen, die Sanktionen gegen russische Staatsbanken zu mildern, teilte das Finanzministerium der Ukraine mit.

„Wir werden die Einschränkungen mildern, sobald die Situation mit der Sicherheit dies ermöglicht“, heißt es in der Mitteilung.

Dabei räumt die ukrainische Nationalbank ein, dass die ukrainischen Tochtergesellschaften der russischen staatlichen Banken die Normative der ukrainischen Zentralbank einhielten und Zahlungsfähig seien.

Außerdem haben sich die ukrainische Nationalbank und der IWF darauf geeinigt, diesen Banken „den Zugang zur notwendigen Unterstützung der Liquidität bei Bedarf, inklusive Notunterstützung der Liquidität seitens der ukrainischen Nationalbank, zu ermöglichen“, meldet die Pressestelle des ukrainischen Finanzministeriums.

Zuvor war berichtet worden, dass alle betroffenen russischen Banken sich entschieden haben, ihr Geschäft in der Ukraine nach den Angriffen ukrainischer Radikaler auf ihre Tochtergesellschaften und nach den durch die ukrainische Regierung verhängten Sanktionen zu verkaufen.

Am 16. März hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den ukrainischen Tochtergesellschaften von fünf russischen Banken per Erlass verboten, Geld an ihre Muttergesellschaften zu überweisen, Dividenden auszuschütten, Interbanken-Kredite und — Depositen zurückzuzahlen und Wertpapiere zu kaufen. Betroffen sind die größten russischen Banken, darunter Sberbank und VTB.

Dnr-online.ru: Heute fand eine planmäßige Sitzung der Gemeinsamen Inspektion zur Kontrolle des Sicherheitszustands von Unternehmen und Objekten, die die Lebenstätigkeit der Bevölkerung des Donbass sichern und die auf dem Territorium des Donezker Oblast

liegen, der sich unter Kontrolle der Ukraine befindet. Dies teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Auf der Sitzung wurden mögliche Folgen von Störungen und Notfallsituation in der Awdejewker Kokerei, der Dsershinsker Phenolfabrik, der Konstantinowker staatlichen Chemiefabrik, der Starokrymsker Filterstation und der Weliko-Andolskij-Filterstation behandelt.

Den Staatsorganen, die zur Inspektion gehören, wurde Aufgaben zum einem systematischen Monitoring des Zustands der Umwelt übertragen, um mögliche Fälle von außergewöhnlichem Austreten von Giftstoffen bei den genannten Unternehmen zu entdecken, um rechtzeitig Maßnahmen zur Reaktion darauf ergreifen zu können.

Außerdem wurden eine Telefonnummer und eine E-Mail-Adresse für Bürger eingerichtet, um negative Auswirkungen auf die Umwelt durch die Unternehmen, die sich unter Kontrolle der Ukraine befinden, weiterzugeben.

De.sputniknews.com: Giftgasangriff: Merkel macht Assad verantwortlich – Putin warnt vor Voreiligkeit

Nach dem mutmaßlichen Giftgasangriff in Idlib hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die syrische Regierung dafür verantwortlich gemacht. Der russische Präsident Wladimir Putin dagegen warnt vor unbegründeten Vorwürfen, bevor alle Umstände unparteiisch geklärt sind. Am Donnerstag verurteilte Merkel den Giftgaseinsatz in Syrien als „barbarischen Angriff“. „Es spricht leider manches dafür, dass es vom Assad-Regime ausgegangen ist“, sagte die Kanzlerin laut deutschen Medien. Sie bezeichnete es als eine „Schande“, dass der einschlägige Resolutionsentwurf der USA, Frankreichs und Großbritanniens, der laut russischen Angaben „auf Fake-Informationen basiert“, im UN-Sicherheitsrat doch nicht durchgegangen ist.

Der russische Präsident Wladimir Putin forderte am gleichen Tag eine unvoreingenommene Ermittlung zu der Giftgasattacke. In einem Telefonat mit dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu bezeichnete es Putin als unannehmbar, wenn „unbegründete Vorwürfe — egal gegen wen erhoben werden, bevor eine genaue unvoreingenommene internationale Ermittlung stattgefunden hat.“...

Lug-info.com: Die Einwohner der von Kiew kontrollierten Bezirke des Lugansker Lands machen etwa 15% der Gesamtzahl der Studierenden an den Einrichtungen für mittlere Berufsbildung der Republik aus. Dies teilte die leitende Spezialistin der Abteilung für allgemeine und beruflich-technische mittlere Bildung des Bildungsministeriums der DVR Julija Kuzenko mit.

Alle Studierenden dieser mittleren berufsbildenden Einrichtungen haben einen Anspruch auf kostenlose Ausbildung und kostenlose Plätze in Wohnheimen.

Für die Studierenden ist ein staatliches Stipendium von 550 Rubel vorgesehen. Wenn es sich um eine Weiterbildung auf der Basis eines Facharbeiterberufs handelt, beträgt das Stipendium 2100 Rubel.

Bezüglich der Studienplätze gibt es Absprachen mit Unternehmen, die Fachkräfte benötigen.

Seit dem Jahr 2014 wurden die entsprechenden Bildungseinrichtungen nicht nur erhalten, sondern werden laufend ausgebaut.

De.sputniknews.com: Flak im Gepäck: Ukrainerinnen schockieren polnische Grenzer – Medien

Polnische Grenzbeamte haben bei der Grenzkontrolle zweier Ukrainerinnen im Laderaum von deren Kleinlaster eine 30-mm-Flugabwehrkanone AK-630 entdeckt. Dies berichtet am

Donnerstag das Nachrichtenportal Life.ru unter Verweis auf den polnischen Sender Polskie Radio.

„Mitarbeiter der Agentur für innere Sicherheit haben an der polnisch-ukrainischen Grenze eine Artilleriekanone beschlagnahmt und die Personen festgenommen, die sie nach Polen einzuschmuggeln versuchten“, heißt es demnach in einer Meldung der polnischen Sicherheitsbehörde.

Wie ferner mitgeteilt wurde, soll diese Flugabwehrkanone von den zwei Damen als „Hydraulik-Komponente“ deklariert worden sein. Gegen die beiden festgenommenen Ukrainerinnen ist laut dem Medienbericht bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die AK-630 ist eine in der Sowjetunion und in Russland hergestellte vollautomatische 30-mm-Flugabwehrkanone für die Nahbereichsabwehr und besitzt eine hohe Schussfrequenz. Diese Waffe verschießt entweder hochexplosive Geschosse oder Splittergeschosse.

Abends:

De.sputniknews.com: Drei Tage nach dem Bombenabschlag auf die U-Bahn von Sankt Petersburg haben die russischen Behörden acht mutmaßliche Komplizen des Selbstmordattentäters, darunter eine Frau, gefasst.

Sechs Verdächtige seien in Sankt Petersburg festgenommen worden, zwei weitere in Moskau, teilte die Sprecherin des Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko, am Donnerstag mit. In der Wohnung eines der Verdächtigen sei ein ähnlicher Sprengsatz sichergestellt worden, wie er am Montag in der Petersburger U-Bahn explodiert sei. Bei weiteren Verdächtigen seien Handfeuerwaffen und Munition beschlagnahmt worden.

Am Montagnachmittag war in einem Waggon der Petersburger U-Bahn ein Sprengsatz explodiert, als der Zug von der Station "Technologitscheskij Institut" Richtung "Sennaja Ploschtschad" fuhr. Nach den jüngsten Angaben wurden 14 Menschen getötet und 49 weitere verletzt.

Dabei kam vermutlich der Attentäter selbst ums Leben. Er wurde als ein 22-jähriger Einwanderer aus der zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik Kirgistan identifiziert. Eine weitere Sprengladung konnte kurz darauf in der Station „Ploschtschad Wosstanija“ entschärft werden.

De.sputniknews.com: Tillerson: USA zweifeln nicht an Assads Schuld für Giftgasattacke bei Idlib

Die USA sind laut Außenminister Rex Tillerson davon überzeugt, dass für den jüngsten Giftgasangriff bei Idlib das Regime von Präsident Baschar al-Assad schuld ist. „Wir haben gar keine Zweifel daran“, erklärte Tillerson am Donnerstag in Washington.

Daten, über die die USA verfügten, führten vor Augen, dass diese Attacke vom syrischen Regime unternommen worden sei. Die USA arbeiteten an einer angemessenen Antwort auf die chemische Attacke bei Idlib, sagte der State Secretary.

Zuvor hatte ein ranghoher Amtsträger im Weißen Haus gegenüber der Agentur Reuters erklärt, dass die USA den Giftgasangriff bei Idlib militärisch beantworten könnten. Bei der Attacke am Dienstag seien rund 80 Zivilisten ums Leben gekommen und etwa 200 verletzt worden. Die US-Behörden hätten die Regierung in Damaskus und Präsident Baschar al-Assad für den Einsatz von Kampfstoffen verantwortlich gemacht...

